



Stellungnahme zum Antrag Nr. AT/0079/2025

Vorlage: ST/0075/2025		Datum: 23.06.2025	
Dezernat 3			
Verfasser:	40-Kultur- und Schulverwaltungsamt	Az.:	
Betreff: Stellungnahme zum Antrag der Ratsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die LINKE-PARTEI: Demokratiebildung an Koblenzer Schulen			
Gremienweg:			
26.06.2025	Stadtrat	☐ einstimmig	☐ mehrheitl.
		☐ abgelehnt	☐ Kenntnis
		☐ verwiesen	☐ vertagt
	TOP	☐ Enthaltungen	☐ Gegenstimmen
	öffentlich		

Stellungnahme:

Der Antrag greift ein zentrales gesellschaftliches Anliegen auf: die Stärkung demokratischer Kompetenzen junger Menschen durch ergänzende Bildungsangebote in Schulen. Die Verwaltung begrüßt diesen Ansatz ausdrücklich. Eine nachhaltige Demokratie setzt informierte und engagierte Bürgerinnen und Bürger voraus. Schulen übernehmen hierbei eine Schlüsselrolle in der Vermittlung demokratischer Werte und Prozesse.

Im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ existiert mit der Partnerschaft für Demokratie Koblenz ein etablierter Fördermechanismus, über den Projektmittel für Maßnahmen zur Demokratiebildung beantragt werden können. Förderfähig sind grundsätzlich rechtsfähige, nichtstaatliche Organisationen, die ihren Arbeitsschwerpunkt in Koblenz oder dem angrenzenden Umland haben und deren Projekte in die Stadt Koblenz hineinwirken. Dazu zählen ausdrücklich auch Fördervereine von Schulen, die somit als Antragsteller in Frage kommen.

Die Partnerschaft für Demokratie Koblenz fördert Projekte, die sich unter anderem mit folgenden Zielen beschäftigen:

- Stärkung einer lebendigen und vielfältigen demokratischen Stadtgesellschaft,
- Sensibilisierung für rechtsextreme, antisemitische, islamfeindliche und/oder rassistische Aktivitäten sowie Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements dagegen,
- Aktivitäten gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, u. a. gegen Homo- und Transfeindlichkeit sowie Antiziganismus,
- Förderung ehrenamtlichen Engagements sowie der lokalen Kultur des Zusammenlebens,
- Entwicklung innovativer demokratischer Beteiligungsverfahren,
- Vernetzung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen zur Stärkung der Partnerschaft für Demokratie.

Die nächste und letzte Antragsfrist für Projektförderungen im Jahr 2025 ist der 15.09.2025. Da die Fördermittel jeweils an das Haushaltsjahr gebunden sind, müssen die geförderten Projekte bis spätestens 15.12.2025 abgeschlossen sein.

Ein konkretes und erfolgreich etabliertes Beispiel für schulische Demokratiearbeit stellt das laufende Projekt der Stolperstein-Patenschaften dar, welches vom Kultur- und Schulverwaltungsamt in Zusammenarbeit mit der Christlich-Jüdischen Gesellschaft für Brüderlichkeit e.V., dem Förderverein Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus in Koblenz e.V., der Jüdischen Kultusgemeinde sowie dem Stadtarchiv Koblenz betreut wird.

Über 20 Koblenzer Schulen aller Schulformen beteiligen sich bereits an diesem Projekt. Die Schulen übernehmen dabei Patenschaften für Stolpersteine, die an die Opfer des Nationalsozialismus erinnern.

Durch die Auseinandersetzung mit den individuellen Lebensgeschichten der betroffenen Personen wird Geschichte für junge Menschen erfahrbar und der Bezug zur Gegenwart gestärkt. Ein zentraler Bestandteil dieser gelebten Erinnerungskultur ist die jährliche Gedenkveranstaltung zum 9. November, dem Jahrestag der Reichspogromnacht. Im Rahmen dieser Veranstaltung werden u. a. Stolpersteine symbolisch gereinigt und Einzelschicksale von Schüler*innen vorgetragen. Ergänzt wird dies mit einem kulturellen Rahmenprogramm. Diese Veranstaltung wird über Fördermittel aus dem Programm „Demokratie leben!“ realisiert.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat möge beschließen, die Verwaltung zu beauftragen, unter Berücksichtigung der städtischen Haushaltssituation für das Jahr 2026 zu prüfen, welche ergänzenden Angebote für Schulen im Bereich der Demokratiebildung durchgeführt werden können und ob diese durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gefördert werden können.